

**B e s c h l u s s  
des Beirates Neustadt  
vom 16.02.2023**

**Barrierefreie Beteiligungsmöglichkeiten bei der politischen  
Willensbildung in den Beiräten der Stadt Bremen ermöglichen**

Wir fordern den Bremer Senat auf, in allen Stadtbeiräten die Bedingungen so herzustellen, dass Personen mit familiären Verpflichtungen, sei es bei der Erziehung von Kindern, der Betreuung von zu pflegenden Personen etc., oder Personen mit Beeinträchtigungen an der politischen Partizipation in den Beiräten teilnehmen können. Dazu gehört die physische Barrierefreiheit bei der Teilnahme an Sitzungen der Beiräte und deren Fachausschüsse, aber auch Aspekte wie z.B. die Bereitstellung von Gebärdendolmetschern, die Übermittlung von Informationen in leichter Sprache, die Durchführung von hybriden Sitzungen (Liveübertragung mit der Möglichkeit einer allumfassenden Sitzungsbeteiligung) etc., die bisher keine oder wenig Berücksichtigung finden.

Begründung:

Die Antragssteller lassen sich von folgenden Fragestellungen leiten:

- Inwieweit sind die Sitzungen der Beiräte (inkl. Fachausschüsse) barrierefrei, um mehr Beteiligung zu ermöglichen?
- Inwieweit können Menschen mit „Einschränkungen“, unter den gegebenen Voraussetzungen, ein politisches Mandat wahrnehmen?
- oder sich als Bürger:innen thematisch im Beirat einbringen?
- Inwieweit kann die Arbeit der Beiräte und deren Ausschüsse so organisiert werden, dass Bürger:innen auch mit familiären Verpflichtungen an der politischen Willensbildung aktiv teilnehmen können?

Wir sehen die Notwendigkeit, dass die politische Beteiligung und das politische Engagement von Menschen mit Beeinträchtigungen oder familiären Verpflichtungen mehr in den Fokus der politisch Verantwortlichen kommen muss, so dass eine aktive Stadtteilgestaltung und –Politik für diese Personengruppen möglich wird. Ziel dieses Antrags ist es, dass ein machbares Konzept zu politischer Partizipation für die genannten Gruppen entwickelt und umgesetzt wird. Wir leiten diesen Auftrag auch aus dem Bundesteilhabegesetz ab, in dem Inklusion und Teilhabe neu verankert wurde. Teilhabe soll in allen Lebensbereichen gestärkt und unterstützt werden. Dies trifft auch auf politische Teilhabe auf allen Ebenen zu. Wir stellen fest, dass bisher auf vielen Webseiten der Ortsämter weiterhin keine Hinweise für Menschen mit Beeinträchtigungen zu ersehen sind. Es ist nicht zu erkennen, wie und in welcher Form sich diese Menschen an der politischen Willensbildung im Beirat beteiligen können. Politische Teilhabe, oder auch einfach nur ein Gespräch auf Augenhöhe, ist in den derzeitigen Strukturen nahezu unmöglich, da die Barrieren sehr hoch sind. Zudem stellen wir fest, dass es im politischen Alltag in den Beiräten keine Personen gibt, die sich für diese Menschen einsetzen bzw. deren Ansprechpartner sind. Anträge und Beschlüsse werden kaum oder gar nicht auf diese Personengruppe hin betrachtet. Inklusives Denken und Handeln braucht Ansprechpartner vor Ort. Es sollte ein direkter Austausch mit den betroffenen Personengruppen stattfinden. Es sollte eine Anlaufstelle für Unterstützungsbedürftige vorhanden sein. Die Sitzungen des Beirats sollten für alle nachvollziehbar sein. Beteiligung ist, z.B. durch Gebärdendolmetscher, zu ermöglichen. Teilhabe ist erst möglich, wenn alle Kapazitäten vorhanden sind. Derzeit ist dies nicht von den Ortsämtern zu leisten. So ist eine entsprechende Unterstützung für Beiräte und Ortsämter stadtweit zu organisieren. Das nötige Personal und die Technik müsste von der gesamtstädtischen Ebene gestellt werden, z.B. in Form einer stadtweiten Beratungsstelle, die entsprechende Unterstützung vermittelt. Zudem sehen wir die Notwendigkeit, dass die politische Willensbildung in den Beiräten mehr auf familiäre Belange (Erziehung, Pflege etc.) zugeschnitten werden muss. Viele Mitbürger:innen, die sich an der politischen Willensbildung beteiligen möchten, werden durch die bestehenden Formate weiterhin ausgeschlossen.

*(mehrheitlich)*

*gez. Martin*

Uwe Martin  
(Ortsamtsleiter)